

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Torsten Koplin, Fraktion DIE LINKE

**Sonntagsfahrverbot und Erteilung von Ausnahmegenehmigungen
in Mecklenburg-Vorpommern**

und

ANTWORT

der Landesregierung

1. Auf Grundlage welcher rechtlichen Bestimmungen erteilt welche Behörde in Mecklenburg-Vorpommern in welchen Fällen Ausnahmegenehmigungen bzgl. des Sonntagsfahrverbotes?

Ausnahmegenehmigungen vom Sonn- und Feiertagsfahrverbot erteilen auf der Grundlage von §§ 46 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7, 30 Absatz 3 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) vom 16. November 1970 (Bundesgesetzblatt, Teil I, Seite 1565), zuletzt geändert mit Verordnung vom 1. Dezember 2010 (Bundesgesetzblatt, Teil I, Seite 1737) in Verbindung mit den zugehörigen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften die örtlich zuständigen Straßenverkehrsbehörden (Landkreise, kreisfreie Städte und große kreisangehörige Städte). Mit Erlass des Ministeriums für Verkehr, Bau und Landesentwicklung (aktuell: Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung) vom 25. März 2008 sind den Straßenverkehrsbehörden Hinweise zur Handhabung der Regelungen zum Sonn- und Feiertagsfahrverbot für Lastkraftwagen an die Hand gegeben worden.

2. Wie hat sich die Anzahl der Ausnahmegenehmigungen im Land insgesamt und je Landkreis seit dem Jahr 2007 jährlich entwickelt?

Die Entwicklung der Anzahl von Ausnahmegenehmigungen vom Sonn- und Feiertagsfahrverbot durch die Straßenverkehrsbehörden stellt sich seit 2007 (für 2012 liegen noch keine Angaben vor) wie folgt dar:

Straßenverkehrsbehörde (Landkreis, kreisfreie oder große kreisangehörige Stadt*)	2007	2008	2009	2010	2011*
Landkreis Nordwestmecklenburg	419	345	413	366	383
Landkreis Ludwigslust	358	380	376	288	
Landkreis Parchim	337	213	223	205	
Landkreis Ludwigslust-Parchim					656
Landkreis Bad Doberan	181	235	181	178	
Landkreis Güstrow	200	217	216	195	
Landkreis Rostock					355
Landkreis Mecklenburg-Strelitz	88	58	78	77	
Landkreis Müritz	269	339	357	347	
Landkreis Demmin	151	113	97	124	
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte					556
Landkreis Nordvorpommern	149	139	138	140	
Landkreis Rügen	328	487	506	458	
Landkreis Vorpommern-Rügen					664
Landkreis Ostvorpommern	92	73	85	71	
Landkreis Uecker-Randow	108	110	50	72	
Landkreis Vorpommern-Greifswald					76
Landeshauptstadt Schwerin	108	95	98	149	97
Hansestadt Wismar	33	26	10	19	18
Hansestadt Rostock	959	735	879	967	1.045
Stadt Neubrandenburg	68	89	165	90	99
Hansestadt Stralsund	59	56	21	26	22
Universitäts- und Hansestadt Greifswald	32	14	12	17	20
Gesamt	3.939	3.724	3.905	3.789	3.991

* neue Landkreisstruktur zu beachten

3. Welche Gründe sieht die Landesregierung für eine mögliche Zu- oder Abnahme der Genehmigungen?

Es ist keine erhebliche Zu- oder Abnahme der Anzahl an Genehmigungen festzustellen.

4. Wie hat sich die Höhe der Gebühren für die Erteilung der Ausnahmegenehmigung je Landkreis bzw. kreisfreier Stadt seit dem Jahr 2007 entwickelt?
- a) Welcher Verwaltungsaufwand entsteht durch die Erteilung der Ausnahmegenehmigung je Genehmigung?
 - b) Womit begründen sich aus Sicht der Landesregierung unterschiedlich hohe Gebühren zwischen den Landkreisen bzw. zwischen den kreisfreien Städten?
 - c) Was spricht aus Sicht der Landesregierung gegen eine Vereinheitlichung der Gebühren im Land?

Der Landesregierung liegt lediglich für die Jahre 2004 und 2012 eine Aufstellung der Gebührenhöhen vor, da nur in diesen Jahren entsprechende Gebührenabfragen durchgeführt wurden. Die Höhe der Gebühr richtet sich dabei je Einzelfall nach der Dauer der Ausnahmegenehmigung. Die Einzelheiten stellen sich wie folgt dar:

Straßenverkehrsbehörde (Landkreis, kreisfreie oder große kreisangehörige Stadt*)	2004 (in Euro)	2012* (in Euro)
Landkreis Nordwestmecklenburg	20,00 bis 150,00	30,00 bis 200,00
Landkreis Ludwigslust	20,00 bis 120,00	
Landkreis Parchim	20,00 bis 205,00	
Landkreis Ludwigslust-Parchim		20,00 bis 205,00
Landkreis Bad Doberan	25,00 bis 160,00	
Landkreis Güstrow	20,00 bis 175,00	
Landkreis Rostock		40,00 bis 200,00
Landkreis Mecklenburg-Strelitz	35,00 bis 190,00	
Landkreis Müritz	20,00 bis 110,00	
Landkreis Demmin	40,00 bis 350,00	
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte		45,00 bis 300,00
Landkreis Nordvorpommern	25,00 bis 300,00	
Landkreis Rügen	25,00 bis 255,00	
Landkreis Vorpommern-Rügen		25,00 bis 300,00
Landkreis Ostvorpommern	20,00 bis 120,00	
Landkreis Uecker-Randow	20,00 bis 120,00	
Landkreis Vorpommern-Greifswald		50,00 bis 200,00

Straßenverkehrsbehörde (Landkreis, kreisfreie oder große kreisangehörige Stadt*)	2004 (in Euro)	2012* (in Euro)
Landeshauptstadt Schwerin	30,00 bis 153,00	30,00 bis 153,00
Hansestadt Wismar	20,00 bis 250,00	20,00 bis 250,00
Hansestadt Rostock	16,00 bis 190,00	16,00 bis 190,00
Stadt Neubrandenburg	28,00 bis 230,00	45,00 bis 300,00
Hansestadt Stralsund	20,00 bis 120,00	30,00 bis 170,00
Universitäts- und Hansestadt Greifswald	18,00 bis 113,00	18,00 bis 184,00
durchschnittliche Gebühr (gerundet)	23,00 bis 184,00	30,00 bis 220,00

* neue Landkreisstruktur zu beachten

Zu 4 a)

Der Antragsteller muss die in den Verwaltungsvorschriften unter den Randnummern 107 bis 111 zu § 46 StVO bezeichneten Unterlagen einreichen, die von der Straßenverkehrsbehörde geprüft werden. Bei Vorliegen der Voraussetzungen ergeht ein Genehmigungsbescheid. Der Verwaltungsaufwand liegt damit im Rahmen des allgemeinen Verwaltungshandelns.

Zu 4 b)

Der Rahmen für die Gebührenhöhe ergibt sich aus § 1 Absatz 1 der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOSt) vom 25. Januar 2011 (BGBl. I, Seite 98), zuletzt geändert durch Artikel 7 der Verordnung vom 10. Januar 2013 (BGBl. I Seite 35), in Verbindung mit der Gebühren-Nummer 264 der Gebührenordnung. Danach ist für eine Ausnahmeentscheidung von den Vorschriften der StVO ein Gebührenrahmen von 10,20 bis 767,00 Euro vorgesehen. Die Festsetzung der am konkret entstandenen Verwaltungsaufwand orientierten Verwaltungsgebühr bei Berücksichtigung des wirtschaftlichen Werts oder des sonstigen Nutzens für den Antragsteller obliegt dabei dem pflichtgemäßen Ermessen der Straßenverkehrsbehörde. Insofern können sich unterschiedlich hohe Gebühren ergeben.

Zu 4 c)

Die Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOSt) ist eine bundesrechtliche Regelung. Die Bemessung der konkreten Gebühr richtet sich nach den in der Antwort zu Frage 4b) dargelegten Grundsätzen. Eine Vereinheitlichung der Gebühren ist daher nicht möglich.

5. Wie hoch sind die Gebühren für die Erteilung der Ausnahme-
genehmigung in den benachbarten Bundesländern?

Der Landesregierung liegen hierzu keine gesicherten Angaben vor.

6. Wie haben sich die Einnahmen aus den Gebühren für die Erteilung der Ausnahmegenehmigung je Landkreis bzw. kreisfreier Stadt seit dem Jahr 2007 entwickelt?

Die Höhe der Gebühreneinnahmen für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen je Landkreis, kreisfreier Stadt beziehungsweise großer kreisangehöriger Stadt kann nicht beziffert werden.

7. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung für Dienstleister im touristischen Bereich, die durch die Absicherung von Veranstaltungen am Wochenende regelmäßig mit dem Sonntagsfahrverbot und notwendigen Ausnahmegenehmigungen konfrontiert werden, finanzielle und verfahrensmäßige Erleichterungen zu schaffen?

Für Dienstleister im touristischen Bereich bestehen bereits aufgrund von aufsichtsrechtlichen Vorgaben zur Handhabung der Regelungen der §§ 46 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7, 30 Absatz 3 StVO Erleichterungen, zum Beispiel für LKW-Fahrten zum Auf- und Abbau bei besonderen Veranstaltungen oder für Märkte und Messen. Ein Bedarf für weitergehende Erleichterungen wird nicht gesehen.

8. Welche Regelungen bzgl. der Erleichterung oder Verschärfung des Sonntagsfahrverbotes sind der Landesregierung aus anderen Bundesländern bekannt?

Der Landesregierung sind keine diesbezüglichen Regelungen in anderen Bundesländern bekannt.

9. Welche Berufs- oder Unternehmensverbände sind bzgl. der Erleichterung des Sonntagsfahrverbotes auf die Landesregierung oder kommunale Verwaltungen zugegangen und mit welcher Begründung wurden Änderungen an den bestehenden Regelungen abgelehnt bzw. welche Änderungen planen Landesregierung oder kommunale Gebietskörperschaften bis wann einzuführen?

Die Vorschriften zum Sonn- und Feiertagsfahrverbot sind bundesrechtliche Regelungen, die durch das Land und die Kommunen nicht einseitig geändert werden können. Die Landesregierung steht mit den betroffenen Berufs- und Unternehmensverbänden in Kontakt, um im Rahmen der rechtlichen Vorgaben nach Lösungswegen zu suchen.